

Stern Nr. 37
9. Sept. 1982

diese



Code-Wort »Air-Force-Base Wiersdorf«. In der Südeifel wird ein neuer Atomraketenstützpunkt der US-Luftwaffe gebaut

Rüstung

Bauplatz Eifel

Obwohl die USA und die UdSSR in Genf noch über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa verhandeln, beginnen die Amerikaner schon mit dem Bau eines neuen Raketenstützpunktes in der Bundesrepublik

Unter dem Code-Wort „Air-Force-Base Wiersdorf“ läuft im Verteidigungsministerium in Washington der Countdown für eine brisante Operation. Im Oktober sollen im Hügelland beim US-Stützpunkt Bitburg die Bauarbeiten für einen neuen amerikanischen Atomraketenstützpunkt beginnen. 96 Cruise missiles (Marschflugkörper), von denen jede einen nuklearen Sprengkopf mit der Wirkung von zwei Hiroshima-Bomben in die Sowjetunion tragen kann, 24 mobile Abschußrampen und 1500 US-Spezialisten sollen ab Herbst 1983 dort stationiert werden.

Der Baubeginn in der Eifel ist keine amerikanische Eigenmächtigkeit. Er ist vielmehr Teil der Ende 1979 verabschiedeten Nato-Nachrüstungsplanung. Doch für Bundeskanzler Helmut Schmidt kommt er höchst unpassend. Denn der Bau des Raketenlagers wird jenem Flügel seiner Partei, der vehement gegen eine Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik eintritt, Auftrieb geben. Er wird die Bevölkerung in der Eifel mobilisieren und Schmidt mit der Frage unter Druck setzen, weshalb die US-Regierung eine völlig neue Basis samt Unterkünften, Post,

Geschäften und Kirche für 200 Millionen Dollar aus dem Boden stampfen läßt, obwohl die Genfer Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa zwischen den USA und der UdSSR gerade erst begonnen haben.

US-Präsident Ronald Reagan erwartet aber, daß Schmidt und die Bundesregierung für den reibungslosen Bau sorgen. Bonns Aufgabe ist, sicherzustellen, daß die in den nächsten Monaten mit Vermessungslatten und Raupen anrückenden Bautrupps nicht von Demonstranten der Friedensbewegung an der Arbeit gehindert wer-



woche

Das
Nachrichtenmagazin
im STERN



Cruise missile beim Abschub. Für diese US-Marschflugkörper werden 24 mobile Abschubrampen in der Eifel stationiert

den. Nimmt Bonn allzu deutlich Rücksicht auf die öffentlichen Proteste, dann wird sich das ohnehin angeschlagene Verhältnis der beiden Verbündeten weiter verschlechtern. Und außerdem würde in Washington die Furcht wachsen, daß eine Behinderung der Baumaßnahmen in der Eifel den Widerstand der Bürger in anderen Nato-Staaten festigt.

Anders als die Regierungen in London und Rom, hat die Bundesregierung bislang jede öffentliche Auskunft über den Standort der Cruise-missile-Base verweigert, obwohl Bonn allein die Verantwortung für die Standortauswahl trägt. Um sich keine neuen Schwierigkeiten aufzuladen, haben die Regenten am Rhein nicht einmal einen der Hauptbetroffenen über ihre Entscheidung und die Pläne der Amerikaner informiert. Bis heute weiß, wie das US-Außenministerium dem STERN bestätigte, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel nicht, daß sein kleines, mit Militärflughäfen, Truppenübungsplätzen und Lagern mit nuklearen und chemischen Waffen überfülltes Land künftig auch noch die Cruise missiles beherbergen soll.

Dabei ist der neue Standort bereitseinhalbes Jahr, nachdem sich die Nato im Dezember 1979 auf den Nato-Nachrüstungsbeschluß geeinigt hatte, ausgewählt worden. Sollten die Verhandlungen mit den Sowjets über die Reduzierung ihrer gegen Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen bis Dezember 1983 ohne Ergebnis bleiben, so der Kern des Nato-Beschlusses, müßten im Gegenzug 572 US-Raketen das militärische Gleichgewicht wiederherstellen. England erklärte sich bereit, 160 Cruise missiles aufzunehmen, Italien 112, die Bundesrepublik 96, Belgien und Holland je 48, dazu übernimmt Bonn 108 neuentwickelte Pershing 2 als Ersatz für die veralteten Vorgänger-Modelle.

Im Januar 1980 präsentierten die Regierungen in London, Rom und Bonn den Amerikanern ihre ersten Stationierungsvorschläge. Nach sorgfältiger

Prüfung entschied sich die US-Luftwaffe für Greenham Common und Molesworth in Großbritannien, Comiso (Sizilien) in Italien und den Eifel-Bauplatz in der Bundesrepublik.

Das der Bundesrepublik gehörende Gelände (von den Amerikanern „Pfadfinder-Camp“ genannt) entspricht weitgehend den militärischen Anforderungen. Wie von den Air-Force-Generälen gewünscht, kann die Cruise-missile-Base von dem nahegelegenen Stützpunkt Bitburg versorgt werden. Die von schweren Zugmaschinen beförderten Abschlußrampen (Launcher) lassen sich von dort auf einem gut ausgebauten Straßennetz schnell in alle Richtungen transportieren. Die umliegenden Gebirgszüge und Wälder bieten, wie im Krisenfall nötig, gute Möglichkeiten zur Tarnung.

Während die militärische Planung seit zwei Jahren wie geplant abließ und in den Verteidigungshaushalten der USA und der Bundesrepublik schon die ersten Gelder für den neuen Stützpunkt ausgewiesen wurden, veränderte sich die politische Stimmung in der Bundesrepublik. Der Protest gegen die Stationierung weiterer US-Atomraketen wurde zur Massenbewegung, die Beifall auch in weiten Teilen der SPD und FDP und sogar unter den Anhängern der CDU/CSU fand. Um den Rüstungsgegnern keine neue Munition zu liefern, igelte sich die SPD/FDP-Regierung ein. Anfragen nach etwaigen Stationierungsvorbereitungen beantwortete sie so: „Über Sonderwaffen, zum Beispiel Cruise missiles, und deren Lagerung werden keine Auskünfte erteilt.“

Washington kennt solche Zurückhaltung nicht. Da der amerikanische Kongreß die Gelder für das Rüstungsprogramm in Europa bewilligen muß und seine Ausschüsse sich von den Militärs bis ins Detail über Sinn und Zweck des Vorhabens und das Ausmaß der Kosten berichten lassen, wußten Militärexperten wie William Arkin vom Washingtoner Institute for Policy Studies stets über die Raketenlage Bescheid, und zwar

auch noch, als aus Rücksicht auf die unter öffentlichen Beschuß geratene Bonner Regierung von der Bundesrepublik nur noch als dem „Dritten Land“ nach England und Italien gesprochen wurde.

Für das „Dritte Land“, so stellte Arkin fest, sind im Haushaltsjahr 1983 (das bereits am 1. Oktober 1982 beginnt), rund 40 Millionen Dollar vorgesehen. Sie decken Bauplanung und Bauvorbereitung ab, zum Beispiel Arbeiten an den Fundamenten für die zur Unterbringung von Launchern, Raketen und Nuklearsprengköpfen benötigten Bunker. Sie werden „gehärtet“, damit sie einen konventionellen Angriff durch Fliegerbomben überstehen können. Die nächsten Bauabschnitte sollen dann im März 1983 in Angriff genommen werden. Im Herbst 83 kommen die

kergemacht. Für Straßenbau, Abwässeranlagen und Elektrizitätsleitungen muß die Bundesregierung 18 Millionen Mark zuschießen.

Auch die Verhandlungen in Genf werden dies Großprojekt kaum überflüssig machen können. Aussagen führender US-Militärs vor dem Kongreß, die von Arkin notiert wurden, lassen diesen Schluß zu. „Das kann noch lange dauern, bis in Genf ein Ergebnis erzielt wird“, erklärte beispielsweise der Direktor des militärischen Konstruktionsprogramms im US-Verteidigungsministerium, Lanoue, vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses, „deshalb ist es besser, alles das zu bauen, was wir für die angemessene Betreuung unserer Truppen für notwendig halten“. Washington plant eine Schule, eine Kirche, ein Kauf-

Foto: DPA



Eine Cruise missile landete sanft in der Wüste von Utah/USA
Zielgenau auf 30 Meter

ersten Raketenspezialisten, die das Camp „operationsfähig“ machen sollen, und für den Sommer 1984 ist die Montage von zunächst 16 Cruise missiles vorgesehen. Schützen wird die neue US-Base ein Sicherheitszaun, für den im Haushaltsentwurf 1984 allein 30 Millionen Dollar eingeplant sind.

Doch nicht alle Gelder für das Raketenprogramm werden in US- oder Nato-Kassen lok-

haus, Unterkünfte für Junggesellen, Wohnungen für Verheiratete. Insgesamt sollen auf dem neuen US-Stützpunkt 1500 Soldaten mit 1200 Familienangehörigen stationiert werden. Angesehene US-Politiker bezweifeln allerdings, daß die Cruise missiles wirklich den Verteidigungsinteressen des Westens dienen. Da sie in ihren Bunkern einen sowjetischen Atomanschlag nicht überste-

hen würden, argumentiert der frühere Verteidigungsminister Robert McNamara, können sie im Ernstfall relativ schnell ausgeschaltet werden. Was Europa brauche, seien Waffensysteme, die auch noch nach einem gegnerischen Atomangriff abgefeuert werden könnten und diesen daher sinnlos machten.

Doch für eine Revision des Nato-Doppelbeschlusses in dem von McNamara geforderten Sinn gibt es, solange die Reagan-Regierung am Ruder ist, keine Chance. Ihre Entschlossenheit, neue Atomraketen nach Europa zu bringen, dokumentiert die Anhörung des Nato-Kommandeurs Bernard W. Rogers vor dem Verteidigungsausschuß des US-Präsidentenhauses.

Auszug aus dem Protokoll: Samuel Stratton (demokratischer Abgeordneter aus New York) fragt: „General, wie Sie wissen, haben eine ganze Anzahl lokaler Gruppierungen der Regierungspartei SPD gefordert, daß selbst bei einem ergebnislosen Verlauf der Genfer Verhandlungen Deutschland das Recht haben soll, die Stationierung von Cruise missiles ablehnen zu können. Zwar hat Verteidigungsminister Hans Apel Ihnen und mir in Gegenwart von Secretary Weinberger versprochen, daß er unser Recht, die Raketen nach Deutschland zu bringen, voll unterstützten wird. Sollte sich diese Haltung bis 1983 in der SPD nicht behaupten, dann wird es auch in Belgien keinen Stützpunkt und auch keinen in Holland geben. Damit wären wir doch in einer ziemlich prekären Lage?“

General Rogers: „Wenn das so passiert, ja. Ich bin etwas optimistischer. Kanzler Schmidt hat doch zugesagt, daß er von Dezember 1983 an unsere Waffen stationieren lassen wird, oder er tritt zurück. Ich glaube, Deutschland wird zu seiner Zusage stehen, solange wenigstens noch eine andere Kontinentalmacht bereit ist, ebenfalls unsere neuen Waffensysteme aufzunehmen. Italien ist bislang dazu fest entschlossen und erfüllt so diese Bedingung.“

Uwe Zimmer

Foto: Jürgen Gebhardt



Wende oder Ende: FDP-Genscher und CDU-Kohl kungeln ein neues Bündnis aus

Koalition

Kein Wechsel ohne Königsmord

Hans-Dietrich Genscher ist in einer Zwickmühle: Kündigt er die sozial-liberale Koalition auf, läßt er Helmut Schmidt im Stich. Aber auch Wunschpartner Helmut Kohl garantiert den Liberalen keine Zukunft ohne baldige Neuwahlen – Alptraum der FDP

Im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg wurde Hans-Dietrich Genscher deutlich. Die sozial-liberale Koalition, so legte der FDP-Chef vor einem Dutzend Chefredakteuren des konservativ ausgerichteten „Robert-Schmelzer-Kreises“ dar, sei für ihn am Ende. Bei den Sozialdemokraten zeige sich die Unfähigkeit, ökonomische Zukunftsaufgaben mit Mitteln der

Marktwirtschaft zu meistern, aber auch ein wachsender Anti-Amerikanismus. Bis zum FDP-Parteitag Anfang November in Berlin werde er deshalb mit den übrigen FDP-Ministern Helmut Schmidts Kabinett verlassen. Genscher: „Ich werde als ausgetretener Minister nach Berlin kommen, um dort die Koalitionsfrage zu stellen. Und ich habe keinen Zweifel, daß eine große Mehrheit für einen Wechsel zur Union ist.“

Wenig später offenbarte der Oberliberale während der Geburtstagsfeier der Frau des Frankfurter Konsuls Bruno Schubert (Henninger-Bräu) auf dem Landsitz Bogenberg bei Berchtesgaden vor einem handverlesenen Publikum seine genaue Marschroute: Die Hesse-nwahl am 26. September, so verkündete Genscher, sei „das Nadelöhr, durch das die FDP durch muß“. Bleibe die Partei im Landtag, dann werde er noch vor dem Berliner Parteitag das Bonner Bündnis aufkündigen. In diesem Fall sei er auch bereit, die Partei weiterhin zu führen. Sollte die FDP in Hessen jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, laufe die

Gesamtpartei Gefahr, nach links zu driften. Er werde dann den Vorsitz sofort niederlegen. Teilnehmer der Feier, darunter Ex-Bundespräsident Walter Scheel und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, brachten Genschers Alternative auf die Kurzformel: Wende oder Ende.

Tatsächlich kann sich der FDP-Chef nicht mehr länger um eine Entscheidung herum-mogeln. Nach Monaten des Zögerns und Zauderns sieht sich der Taktierer bereits dem Spott von Parteifreunden ausgesetzt. Genscher, so witzelte sein Vorgänger Walter Scheel, komme ihm vor wie ein Fußballspieler, der ständig im Strafraum des Gegners herumdrabble und darauf warte, daß ein Spieler der anderen Mannschaft ein Foul begehe. „Den fälligen Elfmeter will Genscher dann sicher verwandeln.“

Seit der FDP-Vorsitzende im Sommer 1981 erstmals eine Wende signalisierte, haben sich die Bedingungen für dieses Manöver ständig verschlechtert. Die CDU ist zwar bereit, mit den Liberalen die Macht am Rhein zu übernehmen, hat ih-